



Erläuterungen zum Positionspapier des Bündnisses „Dienst-Tag für Menschen“

Zur Sicherstellung der künftigen Betreuung von kranken, pflegebedürftigen und behinderten Menschen setzen sich die Akteure des „Dienst-Tag für Menschen“ für zwingend notwendige Verbesserungen der Rahmenbedingungen in den helfenden Berufen und damit für die Behebung des akuten Fachkräftemangels ein. Dieser wurde durch die Corona Pandemie weiter verschärft. Zudem ist mit der „Zeitarbeit“ eine für die Betreiber kostenträchtige Fehlentwicklung und Wettbewerbsverzerrung eingetreten, der dringend entgegenzuwirken ist. Hingegen muss das Personal vor Ort gestärkt und besser „gepflegt“ werden! Jeder weiß, dass durch die demographische Entwicklung die Anzahl der zu betreuenden Menschen kontinuierlich ansteigt. Während technische Gerätschaften verfügbar sind, fehlt zunehmend das erforderliche Fachpersonal. Nur wenn es gelingt wieder mehr Fachkräfte zu gewinnen und im Beruf zu halten, kann eine humanitäre Katastrophe in Deutschland verhindert werden. Erforderlich sind deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen, Schönheitsreparaturen reichen nicht! Die 27 Organisationen aus Würzburg und Umgebung, München, Nürnberg und Amberg, hinter denen mehr als 40.000 Mitarbeitende stehen, vertreten folgende Positionen:

1. Bessere Arbeitsbedingungen schaffen = spürbare Wertschätzung!

Die helfenden Berufe sind physisch wie psychisch anstrengend und kräftezehrend, auch wegen der Schichtarbeit an 365 Tagen pro Jahr. Hohe Krankheitsquoten sind die Folge und mittlerweile leider die Regeln.

- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich**
Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, niedrigere Krankheitsstände und weniger Kündigungen zu erreichen, also den Beruf attraktiver zu gestalten und somit dem Pflegenotstand entgegenzuwirken, braucht es die 35-Stunden-Woche, wie sie in der Metallindustrie schon seit 1995 üblich ist.
- **Höhere Zuschläge bei Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit**
Pflege, Betreuung und Versorgung muss rund um die Uhr erfolgen. Durch den Schichtdienst entstehen für die Beschäftigten zusätzliche Belastungen. Diese können sozialer Art sein, aber darüber hinaus löst Schichtdienst auch immer wieder Gesundheitsprobleme aus. Verlässliche und längere Erholungsphasen sind notwendig. Durch entsprechende höhere und steuerfreie Zuschläge kann dies finanziell unterstützt werden und Beschäftigte erhalten darüber hinaus einen finanziellen Anreiz „unbeliebte“ Schichten zu übernehmen.
- **Bessere Personalschlüssel**
Bessere Personalschlüssel können häufiges, auch kurzfristiges „Einspringen“ verhindern und damit Krankheitsquoten senken.
- **Eindämmung von Zeitarbeit**
Professionelle Pflege erfordert Kontinuität und Beziehungsaufbau zu Patienten sowie die gute Abstimmung von Prozessen und Qualitätssicherung in einem festen Team. Die starke Zunahme von Zeitarbeit in der Pflege wirkt sich hier sehr negativ aus. Zudem werden festangestellte Mitarbeiter durch den hohen Aufwand an Einarbeitung für Zeitarbeitskräfte zusätzlich stark

belastet und müssen unattraktive Dienste und Schichten übernehmen, für die die Zeitarbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen.

2. Weniger Bürokratie - wir brauchen mehr Zeit für Menschen!

In den letzten Jahrzehnten wurden vor dem Hintergrund gewünschter stärkerer Kontrolle immer mehr Daten und Dokumentationen gefordert. Damit geht viel Geld im System „verloren“, statt bei den Empfängern (Patienten, Klienten, Bewohnern, ...) durch Betreuung, Diagnostik, Therapie, Pflege, ärztliche Leistungen, usw. anzukommen.

- Zeitaufwand für Dokumentation verringern

In einer Studie von 2019 hat die Befragung von Pflegekräften in der Akutpflege ergeben, dass die Reduzierung des hohen Dokumentationsaufwandes zu einer wesentlichen Entlastung beitragen würde. Wir fordern daher eine Halbierung des Aufwandes für die Dokumentation, durch einen weiteren Ausbau der Digitalisierung.

- Reduktion des Prüfungsturnus in den Pflegeheimen zur zeitlichen Entlastung

Nach dem Motto: „Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“ muss die doppelte Überprüfung der Pflegeheime gestoppt werden. Es darf nur noch eine turnusgemäße Prüfung pro Jahr geben, im jährlichen Wechsel zwischen Heimaufsicht und MDK. Das Vertrauen in die seit Jahrzehnten und Jahrhunderten verlässlichen und am Wohl der Menschen orientierten Leistungserbringer im freigemeinnützigen und öffentlichen Bereich muss wieder zur Geltung kommen. Anlassbezogene Prüfungen sind unverändert jederzeit möglich.

3. Der Mensch muss wieder im Mittelpunkt stehen, nicht die Ökonomie!

Gesundheitswesen, Pflege und Behindertenhilfe berühren zentrale Dimensionen des menschlichen Lebens und sind deshalb der gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung als Daseins-Vorsorge aufgetragen. Deshalb dürfen diese Bereiche – trotz des Anspruchs der Selbstverwaltung – nicht aus der staatlichen Obhut herausfallen. Gesellschaft und Staat müssen über die Gesetzgebung hinaus Hüter und Gestalter von menschenwürdigen Rahmenbedingungen bleiben, vor allem, wenn Menschen in Lebenssituationen sind, in denen sie besonders auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Gerade auch im Bereich der Krankenhäuser besteht die Gefahr, dass private Betreiber aus ihrer Sicht wenig oder nicht lukrative „Geschäftsfelder“ einstellen, die aber im Sinne der „Daseinsvorsorge“ für die Bevölkerung von großer Bedeutung sein können. Aber auch in den anderen Bereichen, wie insbesondere der Altenpflege, werden von privaten Unternehmen/Konzernen Gewinne erzielt. In der Betreuung und Behandlung sollte aber gerade die Gewinnerzielung (die Bezahlung der Leistungen erfolgt zum größten Teil durch Sozialversicherungsbeiträge und Steuergelder) nicht im Fokus stehen. Dabei steht außer Frage, dass wirtschaftlich vernünftig zu agieren ist.

- Beiträge aus Leistungen der Sozialversicherungen (hier: Kranken- und Pflegeversicherung) und auch aus steuerfinanzierten Unterstützungsleistungen sollen ausschließlich zur Versorgung dienen und dürfen nicht zu Dividenden durch Gesundheits- und Sozialleistungen führen.
- Erwirtschaftete Überschüsse sollen innerhalb der helfenden Systeme bleiben und dazu dienen Innovationen und Investitionen zu ermöglichen